

Pro Futura wappnet Kitas der Städteregion gegen AKW-Unfall

Von: Madeleine Gullert

Letzte Aktualisierung: 23. Januar 2018, 16:56 Uhr



33 Kindertagesstätten von Pro Futura in der Städteregion sind mit großen Notfall-Boxen gegen einen Atomunfall in Tihange ausgerüstet worden. Geschäftsführer Heinz Zohren zeigt die Kisten. Foto: Madeleine Gullert

AACHEN/STÄDTEREGION. Eine große durchsichtige Plastikbox soll helfen, wenn es im umstrittenen belgischen Atomkraftwerk Tihange zu einem Störfall käme. Ab Februar erhalten alle Kitas von Pro Futura solch eine Notfallbox.

Darin befinden sich Schutzanzüge und Überschuhe für die Kinder, Jodtabletten, Atemschutzmasken für das Personal, weil es für Kleinkinder keine passenden Atemschutzmasken gibt, Stofftücher, die für den Mund gehalten werden können und ebenfalls belastende Partikel in der Luft filtern sollen.

Pro Futura ist der Träger von 33 katholischen Kindertagesstätten in der gesamten Städteregion Aachen. Derzeit werden in 100 Gruppen rund 1960 Kinder betreut. Vor etwa eineinhalb Jahren, als die Sorge vor dem Meiler Tihange 2 in der Region besonders groß war, traten etliche Eltern an Pro-Futura-Geschäftsführer Heinz Zohren heran und wollten wissen, ob es denn einen Notfallplan für einen Gau gebe.

„Ich fühlte mich völlig überfordert und hatte natürlich keinen Notfallplan“, sagt Zohren rückblickend. Er wartete zunächst die Broschüre der Stadt und Städteregion Aachen, der Kreise Düren und Heinsberg ab, die im Frühjahr 2017 erschien. Dort gibt es viele Informationen über das AKW Tihange, Jodtabletten und das Verhalten in einer Krisensituation. Aber all das ist sehr allgemein gehalten.

Fragen bezüglich Schulen und Kitas blieben offen, teilte auch damals die Stadt mit. Für Zohren war es das Signal, die Planung selbst in die Hand zu nehmen. In Arbeitsgruppen wurde innerhalb einiger Monate ein Notfallplan erstellt. „Natürlich gibt es keinen vollkommenen Schutz und keine Sicherheit“, sagt er. „Aber wir können den Eltern das Gefühl von etwas Sicherheit geben.“

Sollte etwas passieren, ist geklärt, welche Kita-Mitarbeiter bleiben und welche zunächst ihre eigenen Kinder abholen, erklärt Zohren. Eltern werden aufgefordert, zu überlegen, wer im Notfall das Kind abholt. Dafür teilen die Kitas sogenannte Sonderabholberechtigungen aus, damit etwa ein Nachbar der Familie das Kind mitnehmen darf.

Die Kinder würden im Notfall in einem Raum – möglichst ohne Fenster – mit der Betreuerin bleiben. Sobald ein Kind abgeholt wird, verlässt es die Kita durch eine Schleuse mit Schutzkleidung. So soll verhindert werden, dass Partikel aus der möglicherweise atomar verseuchten Luft in das Gebäude gelangen. Die Mitarbeiter verteilen Jodtabletten an die Kinder, sobald es das Signal dazu von den Behörden gibt. Und auch nur, wenn die Einverständniserklärung von den Eltern unterschrieben ist.

Einen ähnlichen Notfallplan hatte die Grundschule Vaalserquartier im vergangenen Jahr bereits aufgestellt und auch erprobt. Bei einem GAU würden die Kinder in der Turnhalle betreut. „Sie sollen von den Eltern idealerweise innerhalb von 30 Minuten abgeholt werden. Das haben wir auch geübt“, erklärt Schulleiter Wilhelm Dewes.

Die Notfallübung soll alle zwei Jahre wiederholt werden, damit jedes Grundschulkind sie zwei Mal durchläuft, erklärt Dewese auf Nachfrage. Doch noch immer gebe es Probleme wegen der Jodtabletten. „Leider mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Tabletten nicht ortsnah vorgehalten werden sollen“, sagt Dewes.

Tatsächlich ist nicht vorgesehen, dass die vom Land bezahlten Jodtabletten, die im Fall eines Gaus vor Schilddrüsenkrebs schützen sollen, in den Schulen oder Kitas gelagert werden. Mit Berechtigungsscheinen konnte jeder sich die Tabletten kostenlos abholen und zu Hause lagern. Weil sie einem dort aber nicht helfen, wenn der Gau geschieht, während die Kinder in der Kita sind, hat Pro Futura selbst zusätzliche Tabletten angeschafft. „Die Kosten tragen wir“, sagt Zohren.

Für die Notfallausstattung hat der Kita-Träger 8000 Euro ausgegeben, das seien umgerechnet vier Euro pro Kind. Man hätte das theoretisch auch die Eltern zahlen lassen können, aber die Anschaffung durch die Kitas sei einfacher. „Dann gehören die Sachen uns, und es ist ausgeschlossen, dass Eltern, wenn die Kinder in die Schule kommen, ihren Schutzanzug und ihre Tabletten haben wollen“, sagt Zohren. „Ich glaube, dass unser Plan ganz gut ist, obwohl es sicher immer Verbesserungen geben kann“, sagt er.

Beraten haben Pro Futura die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“. Die Mediziner Odette Klepper und Wilfried Duisberg haben Vorträge gehalten und die Einrichtungen beraten. Viele Kita-Mitarbeiter wollten beispielsweise wissen, was zu tun sei, wenn ein Kind, die Jodtablette nicht nehmen will. Schließlich gehört Tabletten-Schlucken nicht zur Lieblingsbeschäftigung vieler Kleinkinder. „Die Ärzte haben uns erklärt, dass man die Tabletten auch zerkleinern kann. Solche Details sind wirklich wichtig“, betont Zohren.

Geübt haben die Kita-Kinder den AKW-Notfall aber noch nicht. Die Kinder seien zu klein, um das Problem zu begreifen. Eine Feueralarm würde es probeweise geben, aber einen Gau-Alarm nicht. „Feuer können Kinder sich vorstellen, aber keinen Gau. Das ist zu abstrakt.“ Außerdem habe man im Falle eines Gaus mehr Zeit als im Fall eines Brandes, weil es einige Zeit dauere bis die atomare Wolke vom 60 Kilometer Luftlinie entfernten Tihange in die Region gezogen sei.

Info auf Englisch auch im Netz

In den Kitas sind die Elternvertreter bereits über den Notfallplan informiert, ab Februar wird es die Handreichung in deutscher und englischer Sprache auch auf den Websites des Kita-Träger geben. „Vielleicht kann es auch anderen Einrichtungen helfen, sich Gedanken zu machen“, sagt Zohren. Kitas und Schulen in der Region müssten sich mit dem Thema auseinandersetzen. „Ich weiß, dass auch andere Schulen in der Städteregion Notfallpläne aufgestellt haben. Alle Schulen haben jedenfalls eine Vorlage erhalten, die eine Arbeitsgruppe von Schulleitern im Auftrag der Schulleiterkonferenz der Grundschulen erarbeitet hat“, erklärt Schulleiter Dewes, der sich nicht immer optimal von den Behörden unterstützt fühlt.

Denn die sind nach wie vor zurückhaltend. „Jodtabletten haben in der Schule nichts zu suchen“, sagte ein Sprecher der Bezirksregierung Köln auf Anfrage. Auch das Schulministerium pflichtet bei: Es gelte zu bedenken, dass für Lehrer im Dienst des Landes NRW weder eine beamtenrechtliche noch eine arbeitsvertragliche Verpflichtung besteht, Medikamente wie Jodtabletten an Schüler zu verteilen.

„Lehrkräfte sind auch nicht verpflichtet, die für die Vergabe der Jodtabletten erforderlichen Einverständniserklärungen der Eltern für ihre jeweiligen Kinder einzuholen und diese zu verwalten“, heißt es weiter aus dem NRW-Schulministerium.

Lesercommentare

Jetzt die Top-Angebote der Woche in Ihrem REWE Markt entdecken!

ANZEIGE

Entdecken Sie jetzt unsere attraktiven Aktionsangebote für diese Woche und sparen Sie bei ihrem nächsten Einkauf. Alle Angebote sind gültig bis Samstag 20.01.2018. Schauen Sie vorbei – wir freuen uns auf Sie! Mehr...